

Fridays-For-Future Ulm fordert:

Ausruf des Klimanotstandes in Ulm!

Unter Berufung auf Paragraph 20a des Grundgesetzes sehen wir uns in der Pflicht, eindringlich auf die Wichtigkeit stabiler klimatischer Umstände und die Schutzbedürftigkeit eben jener sensiblen Systeme, die diese Umstände ermöglichen, aufmerksam zu machen. Dies ist nach Jahren offener Ignoranz gegenüber sichtbarer Auswirkungen klimaschädlicher politischer Entscheidungen dringend notwendig.

„Der Staat schützt auch in Verantwortung für die künftigen Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen und die Tiere im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung durch die Gesetzgebung und nach Maßgabe von Gesetz und Recht durch die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung.“

(Gemäß Art. 20a GG)

Die Auswirkungen des Klimawandels gefährden die bisher sicheren Lebensumstände sämtlicher Lebewesen dieses Planeten. Angesichts des Ausmaßes dieser globalen Krise ist jetzt aktives Handeln aller gesellschaftlichen Instanzen gefordert. Deshalb fordern wir die Stadt Ulm, sowie die Landkreise Alb-Donau und Neu-Ulm auf, als Teil der globalen Gemeinschaft ihre Verantwortung zur Eindämmung klimagefährdender Emissionen, welche die globale Erwärmung signifikant beschleunigen, wahrzunehmen. Demzufolge sollen vorausgehend genannte Instanzen als Gesamtheit dieser Verantwortung Rechnung zu tragen, mit gutem Beispiel voranzugehen und sich effektiv für die Einhaltung des 1,5 Grad - Ziels einzusetzen. Die Einhaltung dieser absoluten Höchstgrenze hat oberste Priorität, da eine Überschreitung eben jener völlig unkalkulierbare Folgen nach sich ziehen könnte.

Um dieses Ziel einzuhalten, müssen sich die Stadt Ulm, sowie die Landkreise Neu-Ulm und Alb-Donau, dazu verpflichten, sowohl eigene Strukturen auf Klimafreundlichkeit zu überprüfen und bei Nichtgenügen entsprechend zu modifizieren, als auch durch politische und Infrastruktur betreffende Entscheidungen den Bürgerinnen und Bürgern eine klimaverträglichere Lebensweise in Stadt und Region zu ermöglichen.

Explizit bedeutet das:

Für die Stadt und die Landkreise

- Die Instanzen verpflichten sich, die Bürgerinnen und Bürger in regelmäßigen Abständen detailliert über die Fortschritte bei der Umsetzung des bereits bestehenden Ulmer Klimaschutzkonzeptes zu informieren.
- Stadt und Landkreise verpflichten sich, ihre Gebäude, Betriebe und Fahrzeuge mit grünem Strom zu betreiben sowie nach und nach sämtliche öffentlichen Gebäude wie Schulen und Kindergärten klimaverträglich umzubauen.
- Stadt und Landkreise lassen an weiteren Punkten in der Region Schadstoffmessungen durchführen.
- Bürgerinnen und Bürger werden bezüglich ihres Konsums ausgiebig informiert und auf die damit verbundenen ökologischen Auswirkungen hingewiesen.
- Innerstädtische Ökosysteme sollen erhalten und stabilisiert werden, dazu sollen Grünflächen vor Bebauung geschützt und biodivers bepflanzt, sowie Nistmöglichkeiten für Singvögel und Rückzugsmöglichkeiten für Insekten geschaffen werden.
- Unternehmen, die den Ausstoß von klimaschädlichen Gasen nachweislich um 30% reduziert haben sollen belohnt werden.

- Die Stadt, die Landkreise und lokale Banken verpflichten sich zu Divestment – öffentliche Gelder dürfen nicht mehr in klimaschädliche Geldanlagen investiert werden (Vorbild Fossil Free Städte New York, Paris, London, Münster).
- Die Stadt Ulm verpflichtet sich, Familien und Unternehmen, die vollständig auf ein eigenes Auto verzichten möchten, in Form von Prämien beim Lastenradkauf und beim Erwerb von ÖPNV-Tickets zu unterstützen.

Für den Radverkehr

Das Auto wird nicht weiter als Verkehrsmittel betrachtet, dem aus jahrzehntelanger und antiquierter Tradition eine rechtliche und räumliche Vormachtstellung im Straßenverkehr eingeräumt wird. Stattdessen werden Verkehrsmittel priorisiert, die klimaverträglicher agieren, in erster Linie das Fahrrad. Aus diesem Grunde verpflichtet man sich zu nachfolgenden Maßnahmen:

- der Modal Split (Anteil des Radverkehrs im Transportaufkommen) soll auf mindestens 30% bis 2030 erhöht werden, das von der Stadt Ulm verworfene Ziel von 20% bis 2020 soll bis spätestens 2025 umgesetzt sein.
- Zur Entlastung der zentralen Verkehrsachsen wird ein Radfahrkonzept umgesetzt, welches auch Kindern und Senioren sicheres und angenehmes Fahren in der Stadt ermöglicht. Dies wird durch die Einrichtung von Protected Bike Lanes und anderweitig von den Autostraßen räumlich getrennte Radwege erreicht.
- Stadt und Landkreis verpflichten sich, finanzielle Ressourcen nicht weiter auf den expansiven Bau von Autoparkhäusern zu verwenden, welche den motorisierten Individualverkehr in der Stadt fördern.
- Stattdessen wird durch den Bau von Fahrradparkhäusern an Verkehrsknotenpunkten (z.B. Hauptbahnhof Ulm) Pendlern die innerstädtische Nutzung eines Fahrrads erleichtert.
- Bei Neubauprojekten wird auf eine für Radfahrer sichere Verkehrsführung geachtet.
- Ampelschaltungen werden auf einen sicheren und schnellen Radverkehr abgestimmt.
- Es wird, etwa durch Bonusaktionen (z.B. morgendliches Ausschenken heißen Tees an Radfahrer, in Kooperation mit regionalen Bäckereien) oder durch ähnliche Anreize ein Umstieg auf das Fahrrad auch im Winter gefördert.
- Um das Radfahren sicherer zu machen, werden problematische Rechtsabbiegerstellen mit Pollern und sehr gut sichtbaren Farbmarkierungen auf der Straße gesichert.

Für den Lokalen Handel

Der Einzelhandel wird gefördert, um den klimaschädlichen Versandhandel einzudämmen und die regionale Wirtschaft zu stärken. Entsprechende Maßnahmen sind:

- Verstärktes Verweisen auf Geschäfte, die besonders klimaverträglich agieren, beispielsweise Second-Hand Läden.
- Das Einrichten eines "City-Shops", der es Einzelhändlern ermöglicht, unkompliziert und übersichtlich ihre Produkte online anzubieten. Die gekauften Waren werden anschließend klimafreundlich mit elektrischen Kleinstfahrzeugen oder Lastenfahrrädern ausgeliefert oder können vom Kunden selbst abgeholt werden.
- Eine stadtweite Online-Übersicht wird geschaffen, um einen besseren Überblick über die Angebote der städtischen Händler zu schaffen und es Kunden so zu ermöglichen, überflüssige Fahrten in die Stadt zu vermeiden.

Für die Energiewende

Die angesprochenen Instanzen formulieren das Ziel, bis 2038 in der Stromversorgung klimaneutral zu werden. Dazu soll Ökostrom gefördert und fossile Energieträger weitestgehend vermieden werden.

- Um die Nutzung erneuerbarer Energien zu fördern, werden Ökostrom-Tarife zum Standard bei lokalen Stromversorgern wie den SWU gesetzt.
- Der Ausbau der E-Ladestationen sowie des Wasserstoff-Tankstellennetzes wird stärker subventioniert.
- Der städtische Fuhrpark ist schrittweise auf alternative Antriebstechnologien umzustellen.
- Städtische Gebäude sollen energieeffizienter gestaltet und in ihrer Energieversorgung autark werden. Dazu gehören Photovoltaikanlagen, verbesserte Dämmung und angestrebte Null-Energie-Bauweise bei Neubauten.
- Öffentliche Gebäude sind außerhalb der Öffnungszeiten im Rahmen technischer Möglichkeiten auf minimalen Verbrauch herunterzufahren. Dies gilt insbesondere für Schulgebäude während der Ferien.
- Der Bau regionaler Speicherkapazitäten (Wärme-/Pump-/Gasspeicher) wird stärker vorangetrieben.
- In öffentlichen Gebäuden sollen flexible Verbraucher eingeführt werden, um temporäre Ökostrom-Überschüsse zu speichern. Auch Unternehmen sollen in das Konzept mit eingebunden werden.

Für den ÖPNV

Um die Attraktivität des öffentlichen Personennahverkehrs zu steigern, sollen die Stadt und die Landkreise so schnell es geht folgende Maßnahmen umsetzen oder sie bei zukünftigen Linienkonzessionsvergaben voraussetzen:

- Das Streckennetz ist auszubauen. Hierbei sind insbesondere die Ulmer und Neu-Ulmer Vororte besser anzubinden. Eine Ausweitung des Straßenbahnnetzes nach Ludwigsfeld oder zur Kohlplatte in Söflingen ist mit Nachdruck zu prüfen und weiterzuverfolgen. Ein Ausbau der bereits bestehenden Rufbus-Systeme ist hierbei von großer Wichtigkeit.
- Stadt und Landkreise verpflichten sich, das Regio-S-Bahn-Konzept konsequenter weiterzuverfolgen und Busverbindungen nach und aus Ulm in weiter entfernte Städte und Ortschaften, die nicht an das Bahnnetz angeschlossen sind, deutlich auszubauen.
- Um die Fahrt in die Stadt mit dem ÖPNV auch für weiter entfernt lebende Menschen attraktiv zu gestalten, soll das bestehende Park&Ride-Angebot verbessert und ausgebaut werden.
- Der Takt der Stadtbuslinien ist zu Stoßzeiten, am frühen Abend und insbesondere am Wochenende zu erhöhen.
- Die Stadt Ulm, der Alb-Donau-Kreis und der Landkreis Neu-Ulm verpflichten sich, beim Thema ÖPNV besser zu kooperieren. Die klimaschädliche und unwirtschaftliche Durchbindung Neu-Ulmer Buslinien zum Ulmer ZOB oder die fehlende Nahverkehrsverbindung zwischen Thalfingen und Böfingen sind nicht weiter tragbar.
- In Zusammenarbeit mit den Verkehrsunternehmen ist ein schrittweises Umstellen der Fuhrparks auf E- oder Hybridbusse sicherzustellen.
- Bei der Neugestaltung des Bahnhofsvorplatzes ist auf die Attraktivität des ÖPNVs mindestens im gleichen Maße Rücksicht zu nehmen wie auf den Autoverkehr. Hierbei ist insbesondere auf einen leistungsfähigen Omnibusbahnhof zu achten. Eine

Erweiterung der Straßenbahn- und Stadtbushaltestelle unmittelbar vor dem Bahnhofsgebäude auf vier Haltesteige ist unbedingt zu prüfen, um lange Wege, wenn Busse hintereinander halten, zu vermeiden.

- Städte und Landkreis verpflichten sich, Carsharing-Angebote insbesondere in umliegenden Ortschaften zu anzusiedeln und bestehende Dienste deutlich auszubauen.
- Von den Städten und Landkreisen sollen entsprechende finanzielle Mittel bereitgestellt werden, um eine Ticketpreissenkung im ÖPNV zu ermöglichen. Insbesondere die Aktion eines kostenlosen Nahverkehrs an Samstagen sollte auf die Region ausgeweitet werden und erhalten bleiben.
- Die Tarife und Parkgebühren sind so zu gestalten, dass die Fahrt in die Stadt zu jeder Zeit mit dem ÖPNV günstiger ist als mit dem MIV.
- Die Machbarkeit alternativer Tarifsysteme ist mit Nachdruck zu prüfen, etwa ein Kurzstreckenticket oder weitere Anreizsysteme, die beispielsweise einen kostenlosen Nahverkehr für Schüler, Studenten und Senioren inkludieren.

Das FFF-Team freut sich über eine gute Kooperation zum Wohle der zukünftigen Generationen.